

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Ausgaben: Die fünfgepaltene
Beitragsgeld 10 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreisklasse
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 5

Berlin, den 2. Februar 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an **E. Bleicher**, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an **W. Hietze**, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Der neue Reichstag. — Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England. — Das neue Gesetz gegen die Arbeitslosen. — Hamburg für Schutz der Arbeitswilligen. — Was soll der Junge werden. — Rundschau: Dem neuen Reichstag. Gewerbegerichtswahl in Rixdorf. Auch eine Submissionsblüte. Vorteile der Gewerkschaften für die Industrie. Eine rot-gelbe Verbrüderung. Die Tarifvertragsklausel und die staatlichen Lieferungen. Je kleiner die Wohnung, desto höher die Miete. Gesichtsfarbe und Gesundheit. Das neu bewährte Redaktionsgeheimnis. — Feuilleton: An die Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Liebeswerben. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Anzeigen.

Der neue Reichstag.

• Nun sind die Stichwahlen endgültig erledigt und man kann einigermaßen die Zusammenlegung derselben feststellen. Der sogenannte schwarze Block ist also doch noch in Trümmern geblieben. Die Parteien dieses Blocks haben schwere Verluste zu verzeichnen, und es bedurfte in vielen für sie sonst sichereren Wahlkreisen aller Kräfteanstrengung, um diese für die Partei zu erhalten. Die Parteiverhältnisse haben sich diesmal so verschoben, daß alles wie vertauscht erscheint. Und das Resultat? 195 Schwarzblaue und 202 Linke. Es ist also eine sehr kleine Majorität, die bei manchen Fragen sehr leicht zur Minorität werden kann. Als stärkste Partei aus den Wahlen ist die Sozialdemokratie hervorgegangen, deren Fraktion 110 Mandate zählt. Das Zentrum als nächstgrößte Fraktion hatte im verflochtenen Reichstage 103 und jetzt 93 Mandate inne. Dann kommen die Liberalen und zwar Fortschrittliche Volkspartei 45 und die Nationalliberalen ebenfalls 45, zusammen 90, die Konservativen 43, Polen 18, Reichspartei 15, Wirtschaftliche Vereinigung 14 und die übrigen kleinen Gruppen 14 Abgeordnete.

Wie wir sehen, ist der Hauptgewinn der verflochtenen Reichstagswahlen nur den Sozialdemokraten zugefallen und es wird für die nächsten fünf Jahre alles davon abhängen, wie sich diese Partei zu den einzelnen Fragen stellen wird. Als stärkste Fraktion kann sie von der Regierung nicht übergangen werden und ist die Situation im kommenden Reichstag jedenfalls für die Arbeiter recht günstig, da denn doch die Anbelangungsgesetze, welche für die Arbeiter vorgesehen waren, zum Teil nicht eingebracht werden dürften. Wir erinnern an die Einschränkung des Koalitionsrechtes durch die Strafrechtsreform, Verbot des Streikpostens, eines Arbeitswilligengesetzes und andere schönen Dinge, die uns die Schürmacher beschreiben wollten. Das scheint auch der deutschen „Arbeitgeberzeitung“ zu schwanen, indem sie in ihrem Leitartikel schreibt: „Wir wissen, daß von der sehr schnell erhofften Vermehrung des Schutzes der Arbeitswilligen keine Rede mehr sein kann.“ Ja, das Blatt hat alle Hoffnung aufgegeben, daß es in der nächsten Zeit eine reitende Katastrophe für die Reaktionsäre geben könne.

Auch wir Gewerksvereiner hoffen von dem neuen Reichstage viel, sehr viel. Vor allem wollen wir daran erinnern, daß die Kompromißhülle, wie von hoher Stelle seinerzeit gesagt wurde, nicht voll ist, sondern außerordentlich der Nachfüllung bedarf. Seit ca. 35 Jahren hat die Regierung alles getan, um die großen Grundherren zu schützen und hat dabei alle jene belastet, die ohne War und Galm sind. Wenn wir auch nicht erwarten, daß mit der jetzt im Reichstag einzulegenden Linke, die einige Mandate nur stärker ist als die Rechte, mit dem Schutzoll und anderen von uns verdamnten Dingen gleich gebrochen wird, weil das, ohne das ganze Reich in die größte Gefahr zu bringen, nicht möglich wäre, sondern, wie auch wir wissen, nur durch einen allmählichen Abbau eine Aenderung Platz greifen kann.

Was wir erwarten von dem neuen Reichstag, ist vor allen Dingen mehr Fortschritt in der Sozialgesetzgebung. Die Forderung der deutschen Gewerksvereine, daß ein deutsches Arbeitsrecht geschaffen werden müsse, das aus dem jetzt bestehenden Zwangsverhältnis ein Arbeitsverhältnis geschaffen werde, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben der Linke im deutschen Reichstage sein. Ja, wir sind so unverbesserliche Optimisten, daß wir sogar erwarten, daß außer der Linke, auch noch der linke Flügel des Zentrums dafür eintreten möchte. Gewiß haben wir bei den Nationalliberalen einige Abgeordnete, die für so weitgehende Forderungen, wie wir sie in den Leitartikeln zu einem Arbeitsrecht auf-

gestellt haben, die nicht dafür zu haben sein werden, trotzdem wir diese Partei auch zu der neuen deutschen Linke zählen. Diese Outfider dürften aber wieder bei einer Abstimmung durch den linken Flügel des Zentrums ergänzt werden, so daß doch eine Mehrheit für diese Forderungen eventuell zu bekommen wäre.

Wir fordern insbesondere Ausbau oder Neuregelung des Koalitionsrechtes und Wahrung der Stellung des Unbemittelten im Arbeitsvertrage, indem wir verlangen eine öffentliche Festsetzung zum Schutze der Sittlichkeit, Leben und Gesundheit im Betriebe, Festsetzung der Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Urlaub, öffentliche Organisation der Arbeitsnachweise, gesetzlich eingerichtete Einigungsämter mit Verhandlungszwang. Wir fordern außerdem ein Verbot der gewerblichen Kinderarbeit, Vorschriften zur Erhaltung der Frauenarbeit für die Familie (Beschränkung der gewerblichen Arbeit der Frau, Hauspflege), Fürsorge für das Wohnungswesen (Wohnungsgezet).

Zur Stellung der Unvermögenden als Staatsbürger fordern wir endlich die Durchführung des direkten, allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, das geheim sein muß, um den Schwächeren gegen den wirtschaftlich Stärkeren zu schützen.

Wir haben also ein ganzes Bündel Wünsche an den neuen Reichstag, von dem wir erwarten, daß er endlich den gewiß nicht unberechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommt und dementsprechende Gesetze zur Durchführung bringt. Zur Steuererhebung stellen wir die Forderung einer gerechten Verteilung der Lasten des Staates mit dem Grundsatz, den Reicher stärker heranzuziehen als den Ärmern. Möglichste Einschränkung der indirekten Besteuerung.

Die Sozialdemokratie ist ohne alles weitere verpflichtet, für diese Forderungen einzutreten und es wird nur von ihrer tatsächlichen und politischen Klugheit abhängen, wenn schon in dieser Legislaturperiode ein Teil davon zur Durchführung kommt. Aber auch die bürgerlichen Parteien mögen aus dem Wahlausfall lernen, daß sich die lohnarbeitende Bevölkerung nicht länger zurückdrängen läßt und immer mehr die Plätze an der Sonne zu erobern und behaupten sucht.

Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England.

Von Dr. Ernst Schulze, Hamburg-Großhorstel.

III.

In manchen Industriezweigen hat sich die Lage der englischen Arbeiterschaft im Laufe der letzten Jahrzehnte so gehoben, daß für sie von einem „ehernen Lohngesetz“ nicht im mindesten die Rede sein kann. Sie haben nicht nur genug zu guter Ernährung, Kleidung und Wohnung, sondern auch zu wirklich behaglichem Leben.

Für eine so wohlhabende Arbeiterbevölkerung ist es von höchster Bedeutung, daß höhere Bildungseinrichtungen vorhanden sind und daß der Ehrgeiz besteht, sich ihrer zu bedienen.

Neben den Volksbibliotheken (Public Libraries) und noch weit erfolgreicher als diese hat seit einigen Jahrzehnten die „University Extension Bewegung“ für diese Bildungsbedürfnisse der Arbeiterkreise gesorgt. Allerdings haben sich die hochgespannten Hoffnungen, die man an diese Bewegung geknüpft hatte, nicht in vollem Umfange bewahrheitet. Die Arbeiterbevölkerung bleibt vielmehr häufig den veranlasseten Vorlesungen fern; oder vielmehr wird die Mehrzahl der Teilnehmer von anderen Kreisen und Ständen gestellt. Aber dies liegt im Wesen der Sache, da z. B. Lehrer und Lehrerinnen wie die zahlreichen unbeschäftigten oder halbbeschäftigten Frauen des Mittelstandes und der oberen Klassen weit mehr Zeit und Kraft haben, ihren Bildungsbedürfnissen zu folgen, als Arbeiter, die einmal durch körperliche Anstrengungen ihres Berufes stark mitgenommen werden und für die außerdem jede geistige Beschäftigung etwas bedeutet, was von ihrer gewöhnlichen Tätigkeit recht weit abliegt. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die volkstümlichen Hochschulkurse (um mit dieser wenigstens halb deutschen Bezeichnung die englischen „University Extension Lectures“ zu überlegen) bereits eine gewisse Bildung voraussetzen müssen, wenn sie nicht in elementaren Dingen stehen bleiben wollen. Es ist jedoch kein Zweifel darüber möglich, daß die Arbeiterklassen sich an den volks-

tümlichen Hochschulkursen mit leidenschaftlichem Eifer beteiligt haben, soweit nicht eben äußere Gründe dies verhinderten. Mit wachem Feuerifer und mit eisernem Fleiße haben viele Arbeiter sie besucht.

Ein leidenschaftliches Bildungsbedürfnis hat die Besten des Standes erfasst und treibt sie in die Hörsäle zu den Büchern. Sie haben sich den Billigpreis vom Munde ab, sie wandern stundenlang durch das nächtliche Winterwetter, sie mühen sich mit dem Schreiben, bis die arbeitsfertigen Finger steif sind, sie überwinden die bleierne Müdigkeit bis spät in die Nacht und halten aus.

Nicht ohne tiefen Eindruck kann man die Selbsterzeugnisse lesen, die in den Briefen mancher dieser Arbeiter an einzelne Dozenten der volkstümlichen Hochschulen niedergelegt sind.

Zu den volkstümlichen Hochschulkursen steht in den innigsten Beziehungen der 1903 ins Leben gerufene „Arbeiter-Bildungsverein“ (Worker's Educational Association), der dem Interesse für Bildungsfragen in Arbeiterkreisen von neuem das kräftigste Leben eingehaucht hat.

Der 1903 begründete Arbeiter-Bildungsverein ist ganz auf die Initiative von Arbeitern zurückzuführen. Die treibende Kraft in diesem Verein, der bereits großes geleistet hat, ist Albert Mansbridge, dessen Tätigkeit von einem prächtigen Enthusiasmus getragen wird und der mit unermüdlicher Arbeitskraft die Ziele seines Vereins zu erreichen sucht. Diese bestehen, wie in den Berichten des Vereins angegeben ist, in vier Dingen:

1. in der Erweckung des Interesses der Arbeiter für eine höhere Bildung und in der Anleitung ihrer Aufmerksamkeit zu den schon bestehenden Bildungsmöglichkeiten;

2. in der Untersuchung der Bedürfnisse und der Stimmung der Arbeiter in Bezug auf das Bildungswesen und in ihrer Vertretung gegenüber dem Unterrichtsministerium, den Universitäten, den örtlichen Bildungsbehörden und den einzelnen Bildungseinrichtungen;

3. in der Fürsorge für Studienmöglichkeiten in Fächern, die für die Arbeiter von Interesse sind, entweder in Verbindung mit den erwähnten Körperschaften oder andere Weise; insbesondere soweit diese Möglichkeiten bisher übersehen worden sind;

4. in der Veröffentlichung oder in der Fürsorge für die Veröffentlichung von solchen Berichten, Broschüren, Büchern und Zeitschriften, die für notwendig gehalten werden.“

Der Arbeiter-Bildungsverein ist seiner Satzung gemäß völlig unpolitisch und hat auch mit religiösen Bestrebungen nichts zu tun. Er bietet somit für das Bildungsbestreben der Arbeiterschaft und für ihr Zusammenwirken mit anderen Gesellschaftsklassen, insbesondere mit den Kreisen der Wissenschaft, Vorteile dar, die uns in Deutschland infolge unserer schärferen politischen Gegensätze einwirken leider erst in weit geringerem Maße zuteil geworden sind.

Dem englischen Arbeiter-Bildungsverein gehören heute bereits mehr als 1000 Arbeitervereine, Bildungsvereine und andere Körperschaften an. Unter ihnen befinden sich 420 Gewerksvereine oder Zweigvereine von Gewerksvereinen, ferner 150 Kooperativgesellschaften, 120 Schulen für Erwachsene (Adult Schools), 8 Behörden für volkstümliche Hochschulkurse, 3 Universitätskollegs und 350 weitere Gesellschaften, zu denen z. B. literarische Gesellschaften, Ortsbehörden für volkstümliche Hochschulkurse u. a. gehören. Der Verein verfügt über 50 Zweigvereine in verschiedenen Teilen von England und Wales.

Am Beispiele aus der Tätigkeit des englischen Arbeiter-Bildungsvereins herauszutreten, sei darauf hinzuweisen, daß in Oxford, wie der 5. Jahresbericht (1907/08) mit Stolz feststellen konnte, ein Gesamtanschauk zur Untersuchung über die Beziehungen eingesetzt wurde, die zwischen der Universität Oxford und der Arbeiterschaft bestehen und die zwischen ihr bestehen sollten. Weiter erwähnt der 5. Jahresbericht des Arbeiter-Bildungsvereins z. B. die Einrichtung eines Frauenausschusses, der das Problem des Bildungswesens für Frauen behandeln sollte; ferner das Zusammenwirken mit der „Zentralbehörde für Arbeitslose in London (Central Unemployed Body for London)“, um Bildungsmöglichkeiten für beschäftigungslose Arbeiter in Holloway Bay zu schaffen; des Weiteren eine dem Arbeiterbildungs-Verein zugefallene Schenkung von 100 Pfund Sterling für die Förderung

der staatsbürgerlichen Erziehung (Study of Citizenship); und endlich die Veranstaltung eines volkstümlichen Hörschulungskurses über das Unterhaus.

Auch in anderen Städten hat der Arbeiter-Bildungsverein ähnliche Einrichtungen zu treffen gesucht. So hat z. B. auch die Universität Birmingham sich bereit erklärt, mit ihm zusammen zu arbeiten, und hat infolgedessen im Winter 1906/07 besondere Abendkurse für das Studium sozialer Probleme für Arbeiter eingerichtet. Die Gegenstände der Vorlesungen waren: 1. das soziale Ideal. 2. Nationalökonomie. 3. Industrielle Organisation. 4. Sozialverwaltung. 5. Öffentliches Gesundheits- und Wohnungswesen. Insgesamt wurden 25 Vorlesungen gehalten, die durchschnittlich von der staatlichen Zahl von 352 Hörern besucht waren — fast sämtliche Gewerksvereiner oder Mitgliedern der Schulen für Erwachsene.

Das lebendige Bildungsstreben, das durch den englischen Arbeiter-Bildungsverein geweckt worden ist und zum Teil durch seine Bemühungen befriedigt wird, zeigt sich nicht nur in London, sondern auch allenthalben in der Provinz — am stärksten vielleicht im Norden. Blickt man in die Handbücher der verschiedenen Zweigvereine (gewöhnlich erscheinen sie unter dem Titel „Educational Handbook and Calendar“), so wird man über die Fälle von Hinweisen auf Bildungseinrichtungen, die darin enthalten sind, staunen. Wenn auch der Arbeiter-Bildungsverein selbst nur einen kleinen Teil dieser Einrichtungen geschaffen hat, während die größere Menge bereits vorhanden war, so ist es doch sein unbestreitbares Verdienst, die Aufmerksamkeit über diese Einrichtungen zusammengefaßt und den Arbeiterklassen so praktisch dargeboten zu haben, daß sie den Zugang zu jeder dieser Einrichtungen weit leichter finden als sonst.

Nach seinen bisherigen Leistungen kann man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß dieser Verein in den nächsten Jahren eine führende Rolle nicht nur im englischen Arbeiter-Bildungswesen spielen wird, sondern darüber hinaus auch in den verschiedenen Zweigen der allgemeinen Volksbildungsbemühungen.

Das neue Gesetz gegen die Arbeitscheuen.

Von der preussischen Regierung ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, durch den Personen, die sich der Unterhaltungspflicht ihrer Angehörigen entziehen, zur Arbeit angehalten und bestraft werden sollen. Die Einzelheiten und die Vorgeschichte dieses Gesetzentwurfes sind allgemein bekannt. Wir wollen hier nur auf einige Bedenkllichkeiten hinweisen, die der Entwurf, wenn er Gesetz wird, zur Folge haben kann. Zweifellos verdienen Personen, die arbeitsfähig sind und ihre Familien hungern und im Elend verkommen lassen, nicht die geringste Sympathie und wenn diese Leute scharf angefaßt werden, so ist dies nur richtig. Es fragt sich nur, ob genügend Kanteln geschaffen werden können, daß ehrliche Arbeitslose und unglückliche Menschen für ihr Elend nicht auch noch bestraft und enteignet werden. Durch den heutigen scharfen Konkurrenzkampf auf allen Gebieten des Erwerbslebens werden immer wieder Leute aus ihren Arbeitsstellungen verdrängt, die durchaus nicht faul und liederlich, sondern nur für den erwählten Beruf nicht genügend brauchbar sind, sei es, daß sie von vornherein für einen Beruf bestimmt worden sind, für den sie keine Anlage haben, sei es, daß sie während der Lehrzeit eine zu schlechte Ausbildung genossen haben. Manche dieser Menschen, die nur zu bedauern sind, glückt es nie wieder, ein geordnetes Leben führen zu können, andere suchen sich einen anderen Beruf und es glückt ihnen auch, darin vorwärts zu kommen; sie müssen dabei aber oft eine Uebergangszeit durchmachen, die sie durch das tiefste Elend hindurchführt. Wie viele Arbeiter sind schon durch

schwarze Listen für eine lange Zeit oder dauernd arbeitslos und brotlos gemacht worden und darunter sind vielleicht gerade Leute, die in ihrem Beruf sehr brauchbar und für einen anderen Beruf nicht tauglich sind. Sollen diese Leute auch noch dafür bestraft werden, daß ihnen von den Unternehmern die Möglichkeit genommen wird, sich ehrlich durchzuschlagen? Weiter ist es aber auch sehr fraglich, ob überhaupt die gefaßt werden können, die der Gesetzentwurf treffen will. Wem ist nicht bekannt, daß es unzählige wadere Frauen gibt, die sich für ihre Kinder von früh bis spät plagen, während der Mann jeden verdienten Groschen vertrinkt und verpraßt. Gerade in solchen Fällen wäre aber der Ehemann gar nicht zu fassen. Der Mann trägt wohl selten etwas zur Unterhaltung der Familie bei, aber da die Familie infolge der Ueberanstrengung der Frau und Mutter keine Armenunterstützung zu beziehen braucht, könnte auch gegen den Ehemann nicht vorgegangen werden.

Dann müßte vor einer Verurteilung aber auch meistens der Nachweis geliefert werden, daß der betreffende Familienvater wirklich nicht arbeiten will. Einen solchen Nachweis zu erbringen, ist aber sehr schwer, ja jeder einigermaßen geistige Mensch, auch wenn er die Arbeit wie das Feuer scheut, kann sich sogar von einem Gericht beschweigen lassen, daß er durchaus nicht arbeitscheu ist. Wer sich davon überzeugen will, der braucht nur einmal einer Sitzung der Berliner Gerichtsabteilung beizuwohnen, vor der die wegen Arbeitscheuen angeklagten Berliner Obdachlosen abgeurteilt werden. So ein wegen Arbeitscheuen Angeklagter muß nachweisen, daß er sich innerhalb einer bestimmten Frist um Arbeit bemüht hat. Nichts ist natürlich leichter als dies. Er braucht nur bei einigen Arbeitgebern um Arbeit nachgefragt zu haben und die Adressen anzugeben, und der betreffende muß freigesprochen werden; etwaige Adressen, wo er Arbeit abgelehnt hat, wird der wegen Arbeitscheuen Angeklagte natürlich nicht angeben. So kommt es, daß gerade die Arbeitscheuen, die wissen, worauf es ankommt, wegen Arbeitscheuen freigesprochen werden müssen, wogegen junge Handwerksburschen, die in Berlin fremd sind, wegen Arbeitscheuen verurteilt werden, auch wenn sie sich noch so sehr um Arbeit bemüht haben. Bei ihrer Ortsunkennntnis können sie eben meistens die Adressen der Betriebe, bei denen sie um Arbeit nachgefragt haben, nicht angeben. Gerade die Beobachtungen, die man vor dem Berliner „Obdachlosen-Gericht“ jeden Tag machen kann, muß gegen den Entwurf mißtrauisch machen.

Hamburg für Schutz der Arbeitswilligen!

Nachdem Sachsen in seiner Kammer den Antrag eingebracht hatte: „Schutz der Arbeitswilligen durch Verbot des Streikpostenstehens“ ließen es sich unsere Hamburger Scharfmacher nicht nehmen, ebenfalls einen ähnlichen Antrag in ihrem Staats- und Stadtparlament einzubringen. Der Antrag lautete:

Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der Königlich-Sächsischen Regierung tmlichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Aenderung der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinzuwirken.

Der Begründer dieses Antrages war ein Herr Sieveris, Besitzer einer Stahlfabrik, der in dem Streikpostenstehen eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit sah.

Ihm trat jedoch sofort der liberale Oberlandesgerichtsrat Köhler entgegen, welcher sich auf den Standpunkt stellte, daß für die Arbeiter ohne Anstellung von Streikposten die Ausübung des Koalitionsrechtes

unmöglich sei. Zur Abstimmung kam der Antrag jedoch an diesem Tage nicht, da wegen vorgerückter Zeit die Verhandlungen verlagert wurden.

In der zweiten Versammlung über diesen Gegenstand am 18. Januar hatten sich die Arbeitgeber als Vorsitzende einen Fachmann aus dem Erwerbsleben, nämlich Herrn Drechslermeister Girsch, genommen.

Von Arbeitnehmerseite boten die Entgegnungen der sozialdemokratischen Abgeordneten durch ihre übertriebenen Argumente nicht die beste Abwehr, zumal man mehrere, angeblich von Arbeitswilligen abgenommene Dolche und Revolver neben sich hingelegt hatte, nun so den Schein zu erwecken, als ob im Lager der freien Gewerkschaften jeder Genosse von Arbeitswilligen bedroht würde. Die Antragsteller, sowie die sozialdemokratischen Gegenredner griffen immer auf den letzten großen Holzarbeiterstreik zurück. Es kamen da Dinge zur Sprache, vor allen von Arbeitgeberseite, die ihren Antrag damit zu begründen suchten, daß beim Holzarbeiterstreik weit über hundert Verhaftungen wegen Bedrohung und Belästigung von Arbeitswilligen vorgekommen wären. Herr Girsch polemisierte des Weiteren über die Tarifverträge, die von Seiten des Holzarbeiterverbandes vor mehreren Jahren gebrochen wurden, bei der bekannten Raifeier, und von dieser Zeit an die Spannung bestände. Daß es zu keiner Verständigung bei dem 33-wöchentlichen Kampfe gekommen sei, wäre ebenfalls die Schuld des Holzarbeiterverbandes. Herr Girsch sagte wörtlich: „Als der Kampf ungefähr 20 Wochen dauerte und eine Kommission zur Beilegung des Kampfes vom Gewerbegericht eingesetzt war (zu der auch Herr Girsch gehörte, d. V.) hatte man sich geeinigt. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, sowie die Arbeitgeber hatten einen Vorschlag gutgeheißen und versprochen, denselben bei ihren Mitgliedern zur Annahme zu empfehlen, jedoch anderen Tags sei ein Beamter vom Holzarbeiterverband aus Berlin gekommen, der augenblicklich hinter schwedischen Gardinen sätze (Gefängnis), dieser hätte es fertig gebracht, daß die Einigung nicht zu Stande gekommen sei und das Gewerbe habe Schaden dadurch erlitten, den es nie wieder so leicht gutmachen könne, weil ein großer Teil Aufträge für immer aus Hamburg gekommen wäre.“

Oberstehender Antrag wurde hierauf bei der Abstimmung mit 82 gegen 41 Stimmen angenommen.

Diese Vorgänge im Hamburger Parlament sind dafür bezeichnend, welche Situationen der sozialdemokratische Terror zu schaffen in der Lage ist. Nicht zu leugnen ist, daß während des Hamburger Holzarbeiterstreikes sehr viele Bestrafungen vorgekommen sind und selbst der vorherige Lokalbeamte und jetzige Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, Herr Romberg, ist wegen Nötigung und Bedrohung angeklagt. Solche Dinge wirken natürlich sehr unangenehm. Auch bei dem so rasch abgegangenen Sekretär B. im Hauptvorstande des Holzarbeiterverbandes war allem Anscheine nach nicht alles im Lot.

Wir sind scharfe Gegner aller Einschränkung des Koalitionsrechtes, aber ebensolche Gegner des Koalitionszwanges, den die „Holzarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 2 noch befürwortet. Wo der Freiheit Zwang angelegt wird, ist nicht mehr Freiheit, sondern Anrecht vorhanden, das mögen sich die Hamburger Koalitionsrechtsschmälerer, aber auch jene merken, die das Wort Freiheit stets im Munde führen und jederzeit den größten Zwang ausüben.

Was soll der Junge werden?

Die Zeit der Schulentlassung rückt immer näher heran und in den meisten Familien wird die Frage aufgeworfen: Was soll der Junge werden? Die Lösung dieser Frage ist nicht nur für die Eltern von Wichtigkeit, sondern erst recht für den in das

An die Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen

ist von der Generaldirektion der badischen Staatsbahnen namens der ständigen Tarifkommission über die Aenderungen der Stellen „Holz“ und „Holzwaren“ in den Spezialtarifen I, II und III, im Spezialtarif für bestimmte Städtgüter und im Verzeichnis der bedeckten zu befördernden Güter der Spezialtarife für Wagenladungsgüter ein Bericht erhalten worden, welcher wichtige Aenderungen in der Frage der zukünftigen Holztransporte enthält.

Als Ergebnis langwieriger Beratungen über die Holztransportfragen auf den Eisenbahnen war man im Jahre 1884 zu der im wesentlichen noch heute bestehenden Tariffassung: zum Spezialtarif II gelangt, zu welchem alles Holz zugelassen wurde, das Gegenstand des betriebmäßigen Einschlags in der mittel-europäischen Zone und Landwirtschaft ist, das übrige Holz wurde dem Spezialtarif I unterstellt.

Die ständige Tarifkommission hatte damit abschließend das bisher für die Tarifierung von Holz maßgebend gewesene Prinzip angegeben und den Tarif dem Sinne des badischen Bundes gegen den ausländischen Wettbewerb, soviel möglich, dienlich gemacht.

Es zeigte sich aber bald, daß diese Tarifierung in einer Reihe von unangenehmen Schwierigkeiten hinsichtlich der Handhabung und Auslegung zu stehen kam. Seit jener Zeit in der Eisenbahn hervorgehobenen Sinne zum Holz zu gehörenden Holzarten, Holzarten und Erzeugnissen. Reichte Nachfragen, die

zum Teil auch das Reichsgericht beschäftigten, waren auszufragen. In einigen Fällen drühten sie sich um die Fragen, was unter „Sorten“ zu verstehen sei, Holzgattung (genus) oder Holzart (species). Weiter wurde gefragt, ob Holz der oder jener Art Gegenstand betriebmäßigen Einschlags in Mitteleuropa seien; dabei gingen auch die Ansichten der Sachverständigen vielfach auseinander. So kam es, daß die Abfertigungstellen sich zur Uebung machten, alle Hölzer nach Spezialtarif I zu berechnen, sobald feststand, daß sie außereuropäischer Herkunft waren. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß die Beförderer ungenaue Angaben in den Frachtbriefen machten, namentlich über die in Betracht kommende Holzart. Allenhalben griff immer mehr eine bedenkliche Unsicherheit in der Tarifierung um sich; die Folgen waren unliebsame Reklamationen, Nachforderungen, Beschwerden, endlose Prozesse usw.

Ein im Jahre 1901 ergangenes Reichsgerichtsurteil führte zu einer abermaligen Behandlung der Angelegenheit in der ständigen Tarifkommission. Das Reichsgericht führte aus, das Wort „Sorte“ gehöre nicht der botanischen Systematik an, sei vielmehr ein handelsrechtlicher Begriff. Es wäre schwer verständlich, wenn der Tarif seine Unterscheidungen eine botanische, für den Verkehr gleichgültige und bei der Ware vielleicht selbst nicht nachweisbare Merkmale der Pflanze zugrunde legen wollte.

Im Jahre 1906 entschied das Reichsgericht aus Anlaß einer Forderung wegen zuviel bezahlter Fracht für Holz über die Beweislast wiederum in einem für die Eisenbahn ungünstigen Sinne. Hiernach brauchte

der Befrachter, um die Abfertigung von Holz der im Spezialtarif II bezeichneten Arten nach diesem Tarif zu erlangen, weder im Frachtbriefe anzugeben, noch im Prozesse zu beweisen, daß diese Hölzer von Arten stammen, die in Mitteleuropa betriebmäßig eingeschlagen werden. Die Beweislast wurde vielmehr der Eisenbahn auferlegt. Diese neue Schwierigkeit veranlaßte die sächsische Eisenbahnverwaltung, bei der ständigen Tarifkommission abermals eine Tarifänderung vorzuschlagen. Der Tarif sollte im wesentlichen keine materiellen Aenderungen erfahren, die Begriffsbestimmung vielmehr lediglich durch eine erschöpfende Aufzählung der dem Spezialtarif II zuzuweisenden Hölzer ersetzt werden. Dazu wurde sie besonders dadurch veranlaßt, daß die preussischen Staatsbahnen verfügt hatten, daß amerikanisches Eichenholz und Wägen aus solchem Holz nur dann nach Spezialtarif I abzufertigen seien, wenn die Sendung im Frachtbriefe ausdrücklich als Holz oder Holzwaren von solchen Arten bezeichnet werde, die in Mitteleuropa nicht betriebgemäß eingeschlagen würden. Da sich die übrigen Verwaltungen diesem Vorgehen anschlossen, so bedeutete diese Tarifänderung tatsächlich eine Detarifierung des amerikanischen Eichenholzes, die nicht ohne Einfluß auf die Regelung der Holztarifierung im Tarif überhaupt bleiben konnte.

Der neue sächsische Antrag sieht eine doppelte Lösung vor. Zunächst wird zur Eintheilung gestellt, nach dem im Jahre 1901 von der ständigen Tarifkommission angenommenen Antrage im Spezialtarif II, diejenigen Hölzer anzuzählen, die nach diesem Antrage zugelassen werden sollen. (Fortsetzung folgt.)

Leben einleitenden jungen Mann, bedeutet es doch die Entscheidung über sein Lebensschicksal. Vielfach wird der Junge gefragt, was er werden will und da kann man oft die schnurrigsten Antworten bekommen, so ein Junge möchte schließlich jeden Tag etwas anderes werden, je nachdem er von seinen Kameraden über diesen oder jenen Beruf angeleitet wird. Oder er sieht einen Schuster, Schneider oder Tischler arbeiten, die Handgriffe dieser Handwerker gefallen ihm und schon möchte er eines derselben für seinen Lebensberuf wählen. Es ist daher in den meisten Fällen auf diese Wünsche der jungen Leute nicht viel Wert zu legen. Anders liegen die Dinge, wenn die Veranlagung zu dem einen oder andern Handwerk sich praktisch schon zuhause an einzelnen Vorkommnissen äußert, so daß angenommen werden kann, es steckt tieferer Drang nach diesem Berufe in dem Knaben. Allerdings können auch solche Neigungen nur vorübergehende sein und der Junge fühlt sich in dem von ihm ergriffenen Berufe nicht wohl. Dann sind die Lehrjahre umsonst gewesen, denn das spätere Umsatteln kann niemals mehr erfolgen, was in den ersten Jahren nach der Schulzeit an hoffnungsvoller Arbeitsfreudigkeit in einer verfehlten Lehre zerstört worden ist.

Schlimmer als das hier Geschilderte ist, wenn Eltern und Vormünder das Bestreben zeigen, ihre Kinder unter allen Umständen etwas „Besseres“ werden zu lassen, selbst wenn die geistigen Fähigkeiten nicht dazu ausreichen. Wenngleich es durchaus verständlich ist, daß bei steigender Kultur eine jede Generation den Wunsch hat und haben muß, ihre Nachkommen — wenn irgend möglich — auf eine höhere soziale Stufe zu bringen. Aber man vergißt zu leicht, daß zu einer Behauptung in solch verbesserter Lage unter allen Umständen auch eine gesunde Grundlage durch eine entsprechende Erziehung gelegt werden muß. Sonst entstehen bedauerliche Verhältnisse, in denen sich Menschen zeitlebens herumplagen, die für den Beruf, in den sie gesteckt wurden, nur eine unzureichende Halb- oder Falschbildung mitbrachten, mit der sie niemals recht vorwärts kommen können. Mancher Arbeiter glaubt, sein Sohn müsse Kaufmann oder Beamter werden, und nötigt sich jahrelang jeden Groschen am Rande ab, um dieses durchsetzen zu können, um später dann beobachten zu müssen, daß alles umsonst war und der Herr Sohn nicht mehr und nicht weniger als eine verachtete Existenz ist. Besonders das Handelsgewerbe ist es, was überschwert wird. Wie sieht denn das Verhältnis dort aus? Ist ein junger Mann dort wirklich so glänzend honoriert, daß er seinem Stande gemäß leben kann? Hungerextenzen sind die meisten dieser Stellen, die in sehr vielen Fällen an das Lohnniveau der Industriearbeiter nicht heranreichen.

Gewiß ist auch im Handwerk und in der Industrie manches faul. Aber das muß doch gesagt werden, daß ein geistig befähigter Kopf im Handwerk sowohl als in der Industrie immer noch sein Fortkommen findet und sich eher eine Position zu schaffen in der Lage ist. Insbesondere in der letzten Zeit werden Klagen über den ungenügenden Nachwuchs im Handwerk laut. Aber nicht nur das Handwerk klagt, sondern vielmehr noch ist es die Industrie, die über den Mangel an gelernten Arbeitern Klage führt. Allerdings muß auch hier größte Vorsicht geübt werden, damit der Junge nicht in einen Beruf untergebracht wird, der im Absterben ist, oder in einen Betrieb kommt, indem die Lehrlingszucht und Ausbeuterei Prinzip ist.

Es darf nie vergessen werden, daß die Voraussetzungen für den Erfolg im wirtschaftlichen Existenzkampf eine tüchtige Berufsbildung ist, diese kann und wird aber in solchen Lehrlingszuchtstätten nicht gegeben. Darum Vorsicht ihr Väter, wenn ihr eure Söhne in die Lehre tut. Erkundigt euch erst über diese Betriebe. Ein geschickter Tischler, Mechaniker, Steinmetz, Schmied usw., der sein Handwerk versteht, ist ebenso geachtet als jeder andere Beruf.

Ein deutsches Gewerbeblatt spottete im vorigen Jahre über die Sucht, die Söhne etwas „Besseres“ werden zu lassen nicht ganz mit Unrecht in folgendem Poem:

Ein Handwerk soll der Dab nicht treiben,
Denn dazu ist er viel zu gut;
Er kann so wundervoll schreiben,
Ist ein so feines junges Blut.
Der Hände Arbeit geht zu schanden,
Der Arbeitblut schämt man sich,
Das rächt sich noch in unsern Landen,
Das rächt sich einmal bitterlich.

■ Rundschau. ■

Dem neuen Reichstag soll, wie halbamtlich erklärt wird, kein Gesetzesentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen vorgelegt werden. Eine Korrespondenz hatte diese falsche Meldung verbreitet mit dem Zusatz, daß mit einem solchen Gesetze „gewissermaßen die Probe auf das Exempel gemacht werde, ob in dem neuen Reichstage sich eine Mehrheit für nationale Aufgaben finden werde“. Demgegenüber wird festgestellt, daß der Reichskanzler am 10. Dezember und der Staatssekretär Dr. Deibitz am 13. Dezember 1910 ausdrücklich betont haben, daß ein derartiges Ausnahmegesetz nicht beabsichtigt sei. Eine Aenderung in diesen Absichten sei bei den maßgebenden Stellen, wie der „Tag“ berichtet, nicht eingetreten.

Gewerbegerichtswahl in Rixdorf. In einer Versammlung der Rixdorfer Ortsvereine wurde nach einer Aussprache über die bevorstehende Gewerbegerichtswahl folgende Resolution angenommen:

„Die vereinigten Ortsvereine zu Rixdorf sehen sich veranlaßt, von einer Beteiligung an der diesjährigen Gewerbegerichtswahl in Rixdorf Abstand zu nehmen, da das Verhältniswahlssystem nicht eingeführt worden ist. Die vereinigten Ortsvereine protestieren gegen die Verfassung der Verhältniswahl als das gerechteste System, das die Mitarbeit der auf nationalem Boden stehenden Organisationen bei dem Gewerbegericht ermöglichen würde.“

Die Mitglieder werden verpflichtet, sich der Stimme zu enthalten oder durch Abgabe weißer Zettel gegen die Verfassung des Verhältniswahlsystems, welche durch den Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Gutachter-Ausschuß ausgesprochen worden ist, zu protestieren.“

Auch eine Submissionsblüte. Das „Freiburger Tageblatt“ schreibt: Einer der größten Schäden des Handwerkerstandes liegt ohne Zweifel in den übermäßigen Unterbietungen, die immer wieder bei Submissionen zu verzeichnen sind. Es ist daher seit Jahren das Bestreben der Handwerkskammern sowie der in Betracht kommenden Handwerkervereine als auch aller Freunde des Handwerks, hier durch Schulung und Aufklärung auf gesunde Verhältnisse hinzuwirken. Trotzdem werden immer wieder Klagen laut auf diesem Gebiete. Ein besonders trasser Fall ist bei Vergebung des Schmiedereifernen Lozes an den Aenderungsbaulen des hiesigen Münsterbauvereins im Freiburger Schlossergewerbe zu verzeichnen. Es wurden hierfür von fünf hiesigen Schlossermeistern sechs Angebote eingereicht. Dieselben betragen: 880 M., 870 M., 780 M., 690 M., 650 M., und das niedrigste Angebot wurde mit 270 M. gemacht, welches auch die betreffende Arbeit erhielt.

Vorteile der Gewerkschaften für die Industrie. Die liberale „Neue Züricher Zeitung“ erblüht in den vertraglichen Abmachungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern praktischen Wert. Denn sie verbürgen: „daß die industriellen Betriebe nicht fortwährend und unermittelt durch Lohnbewegungen und Arbeitsstellenstörungen gestört werden; durch die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auf längere Frist ermöglichen sie eine sichere Kalkulation und eine prompte Ausführung der Bestellungen. Auch lassen sich manche Organisationsmaßnahmen der Industrie nur mit Hilfe der organisierten Arbeiter durchführen. Mit Stolz wies auf dem ersten Internationalen Kongreß der Baumwollindustriellen in Zürich im Jahre 1904 der Führer der englischen Baumwollspinnereibesitzer C. B. Macara auf die wertvolle Mithilfe hin, die ihnen die Gewerkschaften der Arbeiter in schwierigen Lagen leisten konnten. In manchen Fällen mag die Beteiligung der Arbeiter an den Organisationsmaßnahmen der Industrie von größerer moralischer als unmittelbar materieller Bedeutung sein.“ Diese Auffassung vom Werte der Gewerkschaften und den von ihnen erstrittenen Tarifverträgen erscheint sogar der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ so stichhaltig, daß sie dieselbe ohne bemerkenswerte Kommentierung abdruckt.

Eine rot-gelbe Verbrüderung. Die Sumpfpflanze der Arbeiterorganisationen, die „gelben Gewerkschaften“, die bekanntlich ein Produkt der überradikalen Sozialis sind, werden jetzt auch noch von den sozialdemokratischen Gewerkschaften unterstützt in der Gewinnung von Mitgliedern. Wenn auch diese sogenannten „freien“ Gewerkschaften in der Öffentlichkeit über die Gelben herfallen, so scheint dieses doch nur Spiegelschere zu sein. Bisher traten nur einzelne Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften in die gelben Vereine ein, jetzt ist man aber schon soweit gekommen, daß dieses Treiben von den Organisationsleitungen gebilligt wird. Heute marschieren diese sozialdemokratischen Gewerkschaften Arm in Arm mit den Gelben. In Delmenhorst bei Bremen hatte sich im vorigen Jahre infolge eines verloren gegangenen Streiks ebenfalls ein gelber Werkverein gegründet. Der große deutsche Metallarbeiterverband, der Holzarbeiterverband und auch der Fabrikarbeiterverband gestalten ihren Mitgliedern nun, gleichzeitig auch Mitglied des gelben Werkvereins zu sein. So sehen die Organisationen der Klassenkämpfer aus. Diese traurigen Gelben, die in der Öffentlichkeit mit radikalen Phrasen haufieren gehen, wagen es noch immer, anderen Leuten Vorwürfe zu machen. Je größer die sozialdemokratischen Verbände werden, je größer wird auch die Korruption in denselben. Um die eigenen Mitglieder von solchen Zuständen abzulenken, schimpft man dann auf andere. Es ist eine nette Gesellschaft, die sich hier zusammengefunden hat. Der große deutsche Metallarbeiterverband, der sich 71000 Mark von den Unternehmern schenken ließ, paßt ausgezeichnet zu den Gelben. Jetzt liegen sich beide in den Armen und trennen sich, daß sie sich gefunden haben. Gleiche Seelen finden sich immer, und mag es noch so lange dauern. Jeder weitere Kommentar ist hierzu wohl überflüssig. H. M.

Die Tarifvertragsklausel und die staatlichen Lieferungen. Wie die „Soziale Praxis“ mitzuteilen weiß, werden demnächst die wichtigsten Reichs- und Staatsbehörden in kommissarische Beratungen über die Frage eintreten, ob und inwieweit die Anregung des Reichstags bei der Vergebung von Reichs- und

Staatsaufträgen solche Bewerber zu bevorzugen, die mit ihrer Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, entsprochen werden kann.

Je kleiner die Wohnung, desto höher die Miete. Ueber das Verhältnis von Miete und Einkommen in Königsberg i. Pr. hat für das Jahr 1911 der Direktor des Statistischen Amtes Dr. Neuhans eingehende Erhebungen gemacht und in Tabellen zusammengestellt, aus denen sich ergibt: Bei sämtlichen Mietern mit einem heizbaren Zimmer und eigener Küche beträgt die Durchschnittsmiete 19,71 v. H. des Einkommens, bei solchen von Wohnungen mit zwei Zimmern und eigener Küche 22,05 v. H., von dreizimmerigen Wohnungen 21,13 v. H., von vierzimmerigen Wohnungen 18,88 v. H., von Fünfzimmerwohnungen 16,51 v. H., von Sechszimmerwohnungen 13,18 v. H., von Siebenzimmerwohnungen 12,20 v. H., von Achtzimmerwohnungen 10,01 v. H., und Mietern von Wohnungen mit mehr acht heizbaren Zimmern 11,50 v. H.

Gesichtsfarbe und Gesundheit. Ueber diese Frage äußert sich Professor Mosse in der Zeitschrift „Soziale Hygiene“ in nachstehend interessanten Ausführungen: Es ist des öfteren die Auffassung verbreitet, daß man den Grad der Gesundheit schon äußerlich vom Gesicht gleichsam ablesen könne. Jeder Arzt kennt das blasse Aussehen des Krebskranken, das eingefallene Gesicht des Schwindsüchtigen, die leicht gedunsene Haut des Nierenkranken. Den Zustand des Fiebers erkennt man an den geröteten Wangen des Kranken. Zum gesunden Aussehen gehört eine große Reichhaltigkeit des Fettgewebes der Haut im Gesicht, andererseits ein gewisser Grad von Rötung und Bräunung der Hautfarbe. Bezüglich der Rötung und Bräunung der Haut begegnet man oft der Auffassung, als ob dieser Zustand identisch mit dem Vorhandensein der Gesundheit wäre, sein Fehlen andererseits als ein Zeichen von Krankheit angesehen werden müsse. Nichts aber ist verkehrter als diese Auffassung. Denn es gibt z. B. Blutarmer mit geröteten Wangen, deren Aussehen geradezu als blühend bezeichnet werden muß. Eine andre Reihe von Individuen erscheint dauernd blaß, ohne daß die Blutuntersuchung dafür einen Anlaß gibt. Jedermann kennt auch das gebräunte Aussehen des Landarbeiters, und doch weiß man — hierfür gibt es eine Reihe ausreichender statistischer Mitteilungen —, daß der Landarbeiter häufig an Tuberkulose erkrankt, wengleich nicht so häufig als der in der Industrie beschäftigte Arbeiter.

Das treu bewahrte Redaktionsgeheimnis. In Frankreich soll demnächst ein Redakteur vor die Schranken des Schwurgerichts im Departement Correz gestellt werden, weil er, um den Einsender eines Artikels nicht zu verraten, vor den Augen des Untersuchungsrichters einen Briefumschlag verschluckte, auf den der gesuchte Absender seine Adresse geschrieben hatte. Die Anklage stützt sich auf den Begriff „Verletzung eines gerichtlichen Beweisstückes“. Hoffentlich trifft den wackeren Journalisten keine harte Strafe.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Lichtenberg, Scheffelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

Angemeldetes Schweizer Patent:

Nr. 91. Nr. 53303. Verfahren zur Herstellung von Imitationen edler Hölzer. Louis Ed. Kaufmann, Oberkirchen, und Hans Alahn, Tischlermeister in Schötmar. Ang. 8. 3. 1911.

Angemeldete Deutsche Patente:

Nr. 68b. G. 32970. Feststellvorrichtung für Schiebefenster und dergl. mit zwei zu gleichzeitiger Bewegung verbundenen Feststellkörpern. Peter Goetzen, Süchteln, Rheinl. Ang. 25. 11. 1910.

Nr. 34i. R. 33078. Lösbare Befestigung von Fach- oder Zwischenbrettern. Sören Ringer, Kopenhagen. Ang. 28. 4. 1911.

Gebrauchsmuster:

Nr. 38b. 492404. Holzbohrfräser. J. Grunow, Spandau. Ang. 21. 10. 11.

Nr. 34i. 493253. Als Stuhl verwendbarer Ruckschrauf. Frau Martha Lehmann und Wilh. Müller, Steglitz. Ang. 21. 10. 11.

Nr. 37d. 492854. Einwärts schlagendes Fenster. Feinr. Cordes, Altona. Ang. 23. 12. 11.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin (Diskutierklub). In den jetzt stattfindenden Diskutier-Abenden (jeden Mittwoch Abend 8^{1/2} Uhr im Verbands-Hause Greifswalder Str. 221/23) wird die Unfallversicherung und ihre Umgestaltung durch die Reichsversicherungsordnung zur Besprechung kommen. Referent ist Verbandssekretär Reußfeldt. Wir empfehlen den Kollegen den Besuch dieser Abende.

Berlin. (Herrenpartie). Die Gewerke-einsiedertafel veranstaltet am Sonntag den 4. Februar eine Herrenpartie nach Jossen, wozu sämtliche Kollegen eingeladen werden. Die Abfahrt erfolgt um 7,48 Uhr früh vom Potsdamer Vorortbahnhof bis Mahlow. Von dort geht es zu Fuß nach Jossen. Treffpunkt am Vorortbahnhof 7,35 Uhr. Reich: zahlreiche Beteiligung erwartet der Vorstand.

Liebenwerda. Das alte Jahr ist dahingegangen, ohne daß die Kollegen von Liebenwerda und Umgebung die Not der Zeit erkannt haben. Das muß 1912 anders werden. Kollegen, schiltelt das traumfeilige Wesen endlich einmal von euch ab und denkt ernstlich daran, unsere Gewerkschaftsfrage vorwärts zu drängen. Bekümmern wir uns nicht um das was einzelne uns nicht günstig gesinnte Arbeiter tun, welche einmal für, ein andermal gegen die Gewerkschaftsfrage sind. Solche Kollegen haben keine Ideale. Die Wahlen sind vorüber und es gilt nun eine Ehre herein zu setzen, in den nächsten Wochen und Monaten neue Streiter dem Gewerkschaftsverein zuzuführen. Jedes Mitglied besuche fleißig die Versammlung, wenn der Vorstand dazu einladet, und vergesse nie seinen Beitrag pünktlich an den Kassierer abzuführen. Vor allem seid Diszipliniert und haltet Wort. Und nun einige Vorteile der Organisation. Mancher Kollege ist der Meinung, wenn er drei oder vier Wochen Beiträge bezahlt hat, in der fünften Woche bekäme er schon wieder das Doppelte davon heraus. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit! Bedenken wir doch, was wir für 40 Pfg. Wochenbeitrag alles beanspruchen können. Da bekommen wir in erster Linie unsere Vereinszeitung „Die Eiche“. Papier, Druck und Versand kostet doch Geld. Der Inhalt derselben klärt dich und deine fernstehenden Kollegen auf; dann wird dieselbe gelesen und weitergegeben. Auch findest du ab und zu einen Bericht aus deinem Ortsverein; kurz, wenn du deine Zeitung regelmäßig liest, kannst du dein soziales Wissen bereichern. Das bringt dir also „Die Eiche“. Dann nimm einmal deine Statuten zur Hand und gehe das Unterstüßungsreglement durch und du wirst finden, daß dir für deine 40 Pfg. Beitrag sehr viel gewährt wird. Bei Arbeitslosigkeit ist du Arbeitslosenunterstützung; bei den heute mit seltenen Ausperrungen deine Ausperrungsunterstützung. Geht ein junger Kollege auf Wanderschaft, um andere Städte zu sehen und seine Kenntnisse zu bereichern, so erhält er Reise- oder Wanderunterstützung. Ist ein Kollege verheiratet und geht nach einem andern Ort um seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, so erhält er für sich, seine Frau und seine Kinder Reiseunterstützung und überdies noch eine Beihilfe zur Ueberführung seiner Wohnungseinrichtung. Hast du einen Rechtsstreit auszufechten, bekommst du einen Rechtsanwalt gestellt, eventuell werden auch noch die Gerichtskosten bezahlt. Willst du wegen deiner Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsverein von deinem Arbeitgeber vor die Tür gesetzt, erhältst du Maßregelungsunterstützung und deine Hinterbliebenen endlich im Falle deines Todes ein Begräbnisgeld. Lieber Kollege, du bist also niemals der Gefahr ausgesetzt, Not zu leiden. Kehre dich nicht so viel an diejenigen Kollegen, die dir abraten von der Organisation, weil sie auch nicht dabei sind. Alle diese Kollegen haben noch keine harten Tage gezählt, kennen auch keine Kostlage, weil noch alles vorhanden ist. Andre vergessen wieder, daß durch eine straffe Organisation die erste Bedingung, ein höherer Lohn erzielt wird, denn der Familienvater muß so viel verdienen, daß er und seine Familie auskommen kann. Kollegen! Hand aufs Herz, können wir hier in Liebenwerda mit unserm Lohne auskommen? Oder denkt ihr noch das Beitragsgeld ist zu hoch? Kollegen, wer unsere Unterstützungsrichtungen durchstudiert, regelmäßig seine Zeitung liest, und seine Versammlungen besucht, muß von der Vorteilhaftigkeit des Gewerkschaftsvereins über-

zeugt sein und bezahlt gerne seine 40 Pfg. wöchentlich, auch seine 5 Pfg. für die Lokalkasse, wo so manche Ausgabe für unsere Bibliothek, Porto und Schreibmaterial im Dienste unserer Sache geopfert werden muß. Nun noch eins. Der durchschnittliche Lohn ist hier in Liebenwerda kaum 3 Mark täglich. Man rechne nur aus, was von 3 Mark Tagelohn nach Abzug von Miete, Heizung, Kleidung, das wöchentlich in Abzug kommende Kranken- und Invalidengeld, dann noch die Steuern, nicht zuletzt die indirekten Steuern, für die Ernährung übrig bleibt. Wir müssen froh sein, wenn wir uns an Brot satt essen können, und man freut sich, Sonntags mal ein Pfund Rübflisch zu genießen, denn alle Tage Fleisch zu haben, ist bei der jetzigen Fleischnutzung nicht bei solchem Lohn zu denken. Kollegen, kann es immer so bleiben? Können wir hiergegen was tun? Wir sagen ja, wenn wir alle mithelfen und die Reihen stärken und die Indifferenzen auflösen und dem Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter zustimmen. Darum säume keiner und tue was seine Pflicht ist.

Lohnbewegung.

Stettin. (Ausperrung in der Automobilfabrik von Gebr. Stöwer.) Bei den Stellmachern dieser Firma wurden bedeutende Akkordreduzierungen vorgenommen, wogegen sich die Beteiligten in Anbetracht der fortwährenden Verteuerung der Lebensmittel zur Wehr setzten und einmütig in den Ausstand traten. Die Firma zeigte trotz verschiedener Versuche kein Entgegenkommen um den Streikfall friedlich zu erledigen, sondern kündigte größere Betriebsbeschränkungen an. Am Mittwoch Abend, den 24. Januar, wurden dann auch sämtliche Tischler und Sattler, sowie ein Teil der im Karrosseriebau beschäftigten Schlosser und Schleifer, im ganzen 86 Mann entlassen, so daß mit den Stellmachern jetzt 134 Mann von den ca. 1000 im Betriebe Beschäftigten im Ausstande sind. Zuzug ist fernzuhalten.

Unsere Tarife.

- Im ersten Halbjahr 1912 treten in nachstehenden Orten wie folgt Lohn- und Arbeitszeitverkürzung ein:
- Barmen:** Am 1. Mai 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Bromberg:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn steigt auf 44 Pf.
- Dresden:** Der Normalstundenlohn beträgt für Werkstattgehilfen und Maschinenarbeiter ab 15. Februar 57 Pf., für ständige Bauanschläger 62 Pf. Auf die bisher gezahlten Löhne erfolgt an diesem Tage 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Erfurt:** Am 1. April 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Greifswald:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und zwar von 59 auf 58 Stunden.
- Halle:** Am 1. April erhöht sich der Stundenlohn um 1 Pf. Außerdem tritt eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ein und zwar von 55 auf 54 Stunden. Der Durchschnittslohn beträgt 50 Pf.
- Jena:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Kiel:** Am 1. April 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Landsberg a. W.:** Firma Bendig-Söhne. Am 15. März 1 Pf. Lohnerhöhung und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und zwar von 58 auf 57 Stunden.

- Leipzig:** Am 1. Juni 1 Pf. Lohnerhöhung. Für Maschinenarbeiter steigt der Minimallohn am 15. Febr. auf 52 Pf.
- Lübeck:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn steigt auf 60 Pf.
- Lübeck:** Arbeitgeberverband der Möbelindustrie. Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn 60 Pf.
- Quedlinburg:** Am 1. April 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Rathenow:** Firma Mowig. Am 1. April 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Minimallohn beträgt 43 Pf.
- Rathenow:** Firma Bagentkopf & Söhne. Am 1. April 1 Pf. Lohnerhöhung. Selbstständig arbeitende Maschinenarbeiter erhalten mit diesem Datum eine Lohnzulage von 60 Pf. die Woche.
- Spandau:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnzulage. Der Durchschnittslohn beträgt 60 Pf.
- Thorn:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn steigt auf 47 Pf.
- Zeitz:** Am 15. Februar 1 Pf. Lohnerhöhung.
- Zittau:** Am 1. April 2 Pf. Lohnerhöhung. Der Durchschnittslohn beträgt 45 Pf.

Literarisches.

Der Werdegang unserer Schrift und die moderne Schriftfrage. Von Museumsdirektor Dr. Joh. Schinnerer, Leipzig. Mit vielen erläuternden Abbildungen. Zu beziehen durch Heinke & Blander, Verlagsabteilung, Berlin NO43. Ladenpreis 50 Pf.

Die Entwicklung unserer Schrift ist für viele Gebilde, die sonst auf allen Gebieten beschlagen sind, noch eine terra incognita. Es fehlte bislang an einem kurzen, übersichtlichen Leitfaden. Der alte Streit „Antiqua oder Fraktur“ oder besser „Lateinisch gegen Deutsch“, der in der Reichstagsstimmung vom 4. Mai vorigen Jahres wieder aufgebrochen wurde, ist mit die Veranlassung zu obiger Publikation. Die vielen grundlosen Angriffe des Vereins für Antiqua und seiner Anhänger, die in rassistischer Maulwurfsarbeit der deutschen Schrift den Boden zu entziehen versuchten, brachten neben vielen Scheinbeweisen gegen sie auch zahlreiche in unsachlicher Weise herausgesuchte Schriftbeispiele.

Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß jetzt von durchaus autoritativer Seite eine Abhandlung über die Schriftfrage geschrieben wurde. Die Ausführungen derselben stehen über den Parteien. Sie geben die historische Formentwicklung und gliedern diese in die charakteristischen Merkmale, die Vorzüge und Schwächen der einzelnen Schriften ein. Bei der Antiqua würdigen sie die klassische Schönheit, besonders der Versalien, ihre Bewertung für monumentale Arbeiten, ihre Deutlichkeit in der einzelnen Form; aber auch gleichzeitig ihre kühle Mäßigkeit im Gesamtbild, den Mangel von Ober- und Unterlängen und die dadurch fehlende Uebersichtlichkeit. — Die Fraktur ist geschlossener und charakteristischer im Wortbild, daher ist sie leichter zu lesen, ihre dekorative Wirkung ist kräftiger, sie ist lebensvoller und raffiner. Museumsdirektor Dr. Schinnerer bezeichnet sie als eine originale deutsche Schöpfung zur Zeit großen Aufschwungs. — Beide sind heute wieder in vollem Fluß, sie suchen sich den Zeitbedürfnissen anzupassen; doch ist die deutsche Schrift die jugendfrischer, und in ihr liegt die Entwicklung für die Zukunft.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Lesers gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.
Versammlungs-Kalender.
Sonnabend, 3. Februar 1912:
 Bez. Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr. h. Reich, Petersburger Str. 55, Zahlabend.
 Bez. Nord und Bautischler. Abds. 8 1/2 Uhr. Brunnstr. 143 h. Rattach, Bezirksversammlung.
 Bez. Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 Uhr. h. Holzschlagger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung.
 Bez. Städt. Abds. 8 1/2 Uhr. in „Siedenschlößchen“, Schloßstraße 66, Bezirksversammlung.
Sonnabend, 10. Februar 1912:
 Bez. Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr. Brunnstr. 65, Bezirksversammlung mit Vortrag des Kollegen Frenzel über „Die Entwicklung des Fortschritts im 12. Jahrhundert“.
 Bez. West. Abds. 8 1/2 Uhr. Kronstr. 18, Bezirksversammlung.
 Mobell- u. Fabrikantischler. Abds. 8 1/2 Uhr. h. Schäfer, Stettiner Str. 50, Bezirksversammlung.
Samstag, 11. Februar 1912:
 Entseger. Sonn. 10 Uhr. bei Brunnstr. 65, h. Alexander, Brunnstr. 65, Bezirksversammlung.
 Bez. West. Abds. 8 1/2 Uhr. Kronstr. 18, Bezirksversammlung.
 Bez. Ost. Abds. 8 1/2 Uhr. Kronstr. 18, Bezirksversammlung.
 Bez. West. Abds. 8 1/2 Uhr. Kronstr. 18, Bezirksversammlung.
 Bez. Ost. Abds. 8 1/2 Uhr. Kronstr. 18, Bezirksversammlung.

Ortsverein Niddorf.
 Sonnabend, den 3. Februar 1912
 h. Kramer, Herrmannstr. 199:
Versammlung.
 Volkshilfes Ernteeinzel
 Der Aussch.
Der Tischlergeselle Otto Simon aus Järischau, geboren am 6. Novbr. 1877, wird gebeten, in wichtiger Angelegenheit seine Adresse dem Rechtsanwalt Kurzer in Striegau mitzuteilen.
Großenhain. Der Arbeitsnachweis und die Anstufung in allen Rechtsfragen, Gesetzen u. dgl. befindet sich h. Ortsverbandsvorsitzenden Kollegen Hermann Sankt, Dresdenener Straße 5.
Bremen.
 Des Arbeiterssekretariat der Deutschen Gewerkschaften befindet sich
 Tobacckerstraße 70, part.
5 bis 6 tüchtige
Möbelschreiner
 bei dauernder Beschäftigung und gutem Lohn sofort gesucht. Näheres bei H. Kramer, **Herbst** a. Z.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—
 bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konstantinopel, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich
 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4,— Mk.,
 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5,— Mk., 100 Stück halbfine 12 Pfg.-Zigarren für 6,— Mk.
 Ein Versuch führt zu dauernder Freundschaft. — 500 sende franco. — Nichtentwendendes nehme unfrankiert zurück.
 Versand nicht unter 100 Stück. — **H. Peller**, Versandhaus, Berlin C. Neue Schönhauser Straße 18 — Geschäftl. 1886.

Nur 87 Pfg. pro Quartal
 kostet die beliebte, gutredigerte Wochenchrift für Sozialpolitik und nationale Kultur, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende
„Mitteldeutsche Kurier“
 mit seiner seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. — Probenummern durch den Verlag.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger, sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, entgegen.

2 tüchtige Schreiner
auf bessere Möbel
 sofort gesucht.
 Bewerbungen mit Zeugnisabschriften zu richten an den **Arbeitsnachweis der Deutschen Gewerkschaften Frankfurt a. M.**, Alte Münzer Gasse 90.

Tüchtige Tischler
und Polierer
 für Pianofortefabrik werden gesucht.
 Zu melden beim Bezirksleiter Volkmann, Berlin, Greifswalder Straße Nr. 221-23.

Tüchtige, selbständig arbeitende Möbeltischler
 für dauernde Stellung gesucht.
 Meldungen an das Arbeitersekretariat Bremen, Doventorsteiuweg 70.
Mehrere tüchtige Tischler
 auf lohnende und dauernde Arbeit für Einmöbelfabrik in Thüringen gesucht. Näheres durch die Exped. der „Eiche“.
Tüchtige Bau- und Möbeltischler
 für größeren Betrieb finden dauernde Beschäftigung. Näheres durch den Ausschuss des Ortsvereins **Pirchberg** in Schlesien.